

Die Trump-Regierung: Statt „keine Kriegstreiber“ nur Kriegstreiber

In den Wochen vor den US-Präsidentschaftswahlen 2024 haben die Amerikaner und viele Menschen auf der ganzen Welt die Hoffnung gehegt, dass der ehemalige und nun gewählte Präsident Donald Trump Amerikas Kriege im Ausland beenden und stattdessen in die USA selbst investieren würde.

13. November 2024 | Brian Berletic

Diese Hoffnungen beruhten auf der Rhetorik der Trump-Kampagne. Der Sohn des Kandidaten, Donald Trump Jr., [sagte öffentlich](#): „Wir müssen maximalen Druck ausüben, um alle Neokonservativen und Kriegsfanatiker aus der Trump-Regierung herauszuhalten“, was die Rhetorik des Kandidaten Trump im Wahlkampf widerspiegelt.

Leider handelte es sich dabei, genau wie bei der letzten Amtszeit des designierten Präsidenten Donald Trump, um ein leeres Versprechen, mit dem er sich die Unterstützung der kriegsmüden Amerikaner sichern und möglicherweise sogar das Ausland aus dem Gleichgewicht bringen wollte, bevor er sein Kabinett mit den lautstärksten „Neokonservativen und Kriegstreibern“ besetzte, die in Washington D.C. leben und atmen.

Kontinuität der Agenda

Während der vorherigen Regierung von Präsident Trump hat er sein Kabinett mit Hardcore-Neokonservativen und Kriegsfanatikern wie John Bolton, Mike Pompeo und Nikki Haley besetzt, die alle unermüdlich daran gearbeitet haben, alle Kriege fortzuführen, die Präsident Trump von der Obama-Regierung geerbt hat, und zu versuchen, weitere Kriege zu provozieren, die US-Sonderinteressen seit langem angestrebt haben, darunter mit China, Iran und sogar Russland selbst.

Während der ersten Trump-Administration begannen die USA einen Handelskrieg mit China und andere Maßnahmen, die darauf abzielten, Chinas größte und erfolgreichste Unternehmen, darunter den Smartphone-Hersteller Huawei, auszuschalten. Dies gipfelte in [Verkaufsverboten](#) im gesamten Westen, dem Ausschluss von Huawei von seinem Android-Betriebssystem durch das in den USA ansässige Unternehmen Google und sogar der [Verhaftung](#) der Huawei-Finanzchefin Meng Wanzhou während einer Reise in Kanada.

Während der ersten Trump-Administration setzten die USA auch ihre [militärische Aufrüstung](#) im gesamten asiatisch-pazifischen Raum fort, um China innerhalb ihrer eigenen Grenzen einzukreisen und einzudämmen – eine weitere von der Obama-Administration [übernommene](#) Politik.

Im Nahen Osten setzte die Trump-Administration die illegale Besetzung Syriens fort, die unter der Obama-Administration begonnen hatte, und führte weiterhin Angriffe auf die syrische Regierung und ihre Verbündeten durch, wobei Präsident Trump damit prahlte, [syrisches Öl zu stehlen](#). Es war auch während der ersten Trump-Regierung, dass die USA den ranghohen iranischen Militärführer General Qasem Soleimani [ermordeten](#), als er sich zu einem offiziellen Besuch im Irak aufhielt –

eine unbestreitbare Kriegshandlung sowohl gegen den Iran als auch gegen den Irak. General Soleimani hatte bis dahin erfolgreich den selbsternannten „Islamischen Staat“ in der gesamten Region bekämpft, auch in Syrien und im Irak.

Und während Präsident Trump beschuldigt wurde, ein Agent russischer Interessen zu sein, trug seine Regierung in Wirklichkeit dazu bei, den Stellvertreterkrieg der USA mit Russland in der Ukraine zu beschleunigen, indem sie mit der [Bewaffnung](#) der ukrainischen Streitkräfte begann – mit ziemlicher Sicherheit die letzte rote Linie, die überschritten wurde, um Moskau davon zu überzeugen, seine militärische Sonderoperation (SMO) im Februar 2022 zu starten. Ebenfalls während der ersten Trump-Administration [traten](#) die USA aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen aus und ebneten damit der nachfolgenden Biden-Administration den Weg für [die Stationierung von](#) auf Russland gerichteten Mittelstreckenraketen in Europa.

Als die erste Trump-Administration die Wahlkampfversprechen, das Engagement der USA im Ausland zu beenden, in ungeheurer Weise brach, griffen viele Trump-Befürworter auf eine Reihe von Ausreden zurück, darunter die „Unerfahrenheit“ von Präsident Trump, die darauf hindeutet, dass er nicht gewusst haben könnte, wer Pompeo, Bolton oder Haley tatsächlich waren, und dass sein Kabinett in einer zweiten Administration nach den gewonnenen Erkenntnissen handeln würde.

Den Sumpf wieder auffüllen

Heute hat die neue Trump-Regierung diese Hoffnung – dass diese Lektionen tatsächlich gelernt wurden – vorübergehend gestärkt, indem sie ankündigte, dass Bolton, Pompeo und Haley in der neuen Regierung keine Rolle spielen würden.

Dies war jedoch nur von kurzer Dauer, da später bekannt gegeben wurde, dass der nächste nationale Sicherheitsberater wahrscheinlich [Mike Waltz](#) sein würde, der ideologische Zwilling von John Bolton. [Elise Stefanik](#) wurde als US-Botschafterin bei der UNO angekündigt, der ideologische Zwilling von Nikki Haley. Und sowohl [Marco Rubio](#) als auch [Richard Grenell](#) werden als mögliche neue US-Außenminister in Betracht gezogen, Männer, deren Ansichten sich nicht von denen des ehemaligen Trump-Außenministers Mike Pompeo unterscheiden – oder von denen des US-Außenministers Anthony Blinken unter der Biden-Regierung.

Alle angedachten und ernannten Kandidaten von Präsident Trump sind begeisterte Neokonservative und Kriegsfalken, die ihre Karriere damit verbracht haben, Kriege im Ausland zu befürworten, insbesondere gegen Russland, China und den Iran, aber auch gegen Libyen, Syrien, Venezuela und viele andere Länder. Stefanik ist als „[Experte](#)“ bei der US National Endowment for Democracy gelistet, einer von Neokonservativen geleiteten Organisation, die weltweit in politische Einmischungen verwickelt ist, darunter auch in der Ukraine im Jahr 2014, wo das begann, was sich nun zu Washingtons gescheitertem Stellvertreterkrieg mit Russland entwickelt hat.

Auch wenn einige behaupten, dass die Auswahl der Neokonservativen und Kriegstreiber der neuen Trump-Administration eine „Lockvogeltaktik“ darstellt, war die Wahl von J.D. Vance zum Vizepräsidenten der Trump-Administration in Wirklichkeit eine offene Erklärung, dass Krieg und Kriegstreiberei im Ausland weitergehen würden, nur nicht in der Ukraine.

Newsweek stellte in seinem [Artikel](#) „JD Vance sagt Tim Dillon, dass die USA Waffen brauchen, um China zu bekämpfen, nicht Russland“ klar, dass „die Stabilität im indopazifischen Raum und die

Unterstützung Taiwans für die USA eine höhere Priorität haben sollten als die Militärhilfe für die Ukraine“.

Dass der designierte Präsident Trump eng mit Neokonservativen und Kriegstreibern zusammenarbeitet und diese ernennt, die in genau die Politik involviert sind, gegen die er kandidiert hat, bedeutet eine Wiederholung der nahtlosen Fortführung der US-Außenpolitik durch die erste Trump-Administration, ungeachtet der ansprechenden Rhetorik, die etwas anderes suggeriert.

Die Ukraine pausieren lassen, um den Krieg anderswo zu beschleunigen

Es mag daher paradox erscheinen, dass die neue Trump-Regierung entschlossen scheint, den Konflikt in der Ukraine zu beenden. Dabei handelt es sich nicht um einen politischen Wandel in den USA, sondern eher um einen Wechsel der Prioritäten unter den nicht gewählten Sonderinteressen, die die US-Außenpolitik bestimmen, unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt oder den US-Kongress kontrolliert.

Der Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine, an dessen Auslösung die erste Trump-Administration gleichermaßen beteiligt war, ist allem Anschein nach zu Ende gegangen. Das Ziel der „[Ausweitung Russlands](#)“ auf Kosten der Ukraine ist weitestgehend erreicht worden. Da die US-Rüstungsvorräte erschöpft sind und die Eskalation das, was von der US-Militärmacht noch übrig ist, für einen größeren und gefährlicheren Krieg mit dem Iran oder China reserviert ist, hat Washington die Wahl, sich entweder erneut für die Ukraine zu engagieren oder sich dem Iran oder China zuzuwenden, bevor sich das Zeitfenster für einen Erfolg in diesen beiden potenziellen Konflikten für immer schließt.

Die neue Trump-Administration besteht aus Neokonservativen und Kriegsfanatikern, die sich offen für [die Bewaffnung](#) des von den USA installierten separatistischen Regimes in Taiwan einsetzen, um Taiwan schließlich dauerhaft von China abzutrennen. Und das, obwohl das US-Außenministerium die Unabhängigkeit Taiwans [offiziell](#) nicht unterstützt und sich bilateral mit Peking auf eine Ein-China-Politik geeinigt hat, die besagt, dass es nur ein China gibt, dass Taiwan Teil Chinas ist und dass es nur eine anerkannte Regierung Chinas gibt, die Volksrepublik China (VRC) in Peking.

Um sich auf diesen Konflikt vorzubereiten, haben die USA ihre militärische Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum während der Regierungen Obama, Trump und Biden ausgeweitet und werden dies zweifellos auch während der zweiten Trump-Regierung fortsetzen, die sich aus den lautesten Befürwortern dieser Politik zusammensetzt.

Dabei geht es auch darum, einen Konflikt zwischen den Philippinen und China, dem derzeit größten Handelspartner der Philippinen und bis vor kurzem ein wichtiger Infrastrukturpartner, heraufzubeschwören, um einen Vorwand für die Ausweitung der militärischen Präsenz der USA auf der ehemaligen US-Kolonie und südostasiatischen Nation zu schaffen. Dies ermöglicht es den USA, China und eine mögliche Konfliktzone um seine Inselprovinz Taiwan mit nahe gelegenen US-Streitkräften weiter einzukreisen.

Während die politische „Rechte“ in den USA die Biden-Regierung als „weich“ gegenüber China darstellte, fand unter der Biden-Regierung eine intensive Umstrukturierung der US-Streitkräfte statt, um sich auf einen Krieg mit China vorzubereiten.

Dazu gehörte die Umstrukturierung des US Marine Corps zu einer hochmobilen Raketenabwehrtruppe und die Einführung der ACE-Strategie (Agile Combat Employment) durch die US-Luftwaffe, bei der US-Luftwaffenstützpunkte über den gesamten asiatisch-pazifischen Raum verteilt werden, um es China im Falle eines Krieges zu erschweren, Vergeltungsmaßnahmen gegen US-Einrichtungen zu ergreifen.

Diese umgewandelten US-Militärkräfte werden nun in vollem Umfang zur Verfügung stehen, wenn eine offen China-feindliche Regierung an die Macht kommt, so wie die Trump-Regierung dazu beigetragen hat, die Voraussetzungen für den Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland in der Ukraine zu schaffen, der unter der nachfolgenden Biden-Regierung begann.

Es ist völlig klar, dass die US-Außenpolitik nicht durch US-Wahlen bestimmt wird. Wahlen bestimmen lediglich die Rhetorik, mit der der Öffentlichkeit eine ansonsten kontinuierliche Agenda verkauft wird, die Gesichter, die diese Rhetorik präsentieren, und die Ausreden, warum sich die US-Außenpolitik trotz Wahlen nicht ändert.

Der Rest der Welt, der vier weitere Jahre der weltweiten US-Feindschaft vor sich hat, muss die Arbeit an einer multipolaren internationalen Ordnung fortsetzen, die die Bedingungen schafft, unter denen eine US-Aggression im Ausland einfach unmöglich ist. Dies kann und wird erreicht, indem finanzielle, wirtschaftliche, diplomatische und militärische Mittel eingesetzt werden, um den Zwang der USA – seien es Sanktionen oder militärische Gewalt, Stellvertreter oder direkte Interventionen – durch finanzielle und wirtschaftliche Alternativen jenseits der Reichweite von US-Sanktionen und starker militärischer Abschreckung einzuschränken. Damit bleibt den US-Sonderinteressen nur noch eine Option – die konstruktive Zusammenarbeit mit einer Welt, der sie sich nicht mehr aufdrängen können.